

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVI. Jahrgang, Nr. 11

November 1953

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Um 30.700 Beschäftigte mehr als im Vorjahr — Stabilisierung der Ausfuhr auf hohem Niveau — Starke konjunkturbelebende Kräfte

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Einkommensteuerreform

Das bisherige System der Einkommensteuer — Die Hauptpunkte der Steuerreform — Voraussichtliche Auswirkungen: *Erhöhung der Nettoeinkommen; Belebung der Gesamtnachfrage; Anreiz zur Leistungssteigerung* — Konjunktur und steuerpolitische Aspekte

Die wirtschaftliche Lage auf einzelnen Gebieten: *Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel*

Zur Erhöhung der Personentarife der Österreichischen Bundesbahnen

Der Fremdenverkehr im Jahre 1952/53

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Um 30.700 Beschäftigte mehr als im Vorjahr — Stabilisierung der Ausfuhr auf hohem Niveau — Starke konjunkturbelebende Kräfte

Die in den letzten Berichten dargestellten Tendenzen der österreichischen Wirtschaft haben sich bis in die jüngste Zeit fortgesetzt. Die Industrieproduktion machte seit Beginn der Herbstsaison auf breiterer Basis gute Fortschritte. Außer den Konsumgüterindustrien, die für das Weihnachtsgeschäft arbeiteten, sind auch die Investitionsgüterindustrien, die bisher vielfach stagnierten, wieder besser beschäftigt. Der Export konnte sich auf dem hohen Niveau der Vormonate behaupten, Handels- und Zahlungsbilanz waren weiterhin aktiv. Auch der Arbeitsmarkt entwickelte sich verhältnismäßig günstig: die Zahl der Beschäftigten überschritt Ende November den Vorjahresstand um 30.700 Personen, die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden war erstmalig seit Februar 1952 niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Einzelhandelsumsätze entsprachen in den Herbstmonaten allerdings nur teilweise den Erwartungen. Nach den letzten Meldungen dürfte sich jedoch das Weihnachtsgeschäft sehr befriedigend abwickeln.

Der Anfang Dezember vom Nationalrat verabschiedete Bundesvoranschlag für 1954 sowie die meisten Länder- und Gemeindebudgets stehen unverkennbar im Dienste der Konjunkturpolitik. Für öffentliche Investitionen, die in der Stabilisierungsperiode vorübergehend eingeschränkt werden mußten, werden künftig wieder größere Mittel bereitgestellt. Gleichzeitig wird die Ermäßigung der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer die private Kaufkraft namhaft stärken und der heimischen Wirtschaft stärkere Impulse verleihen. Da weiters im Dezember über 700 Mill. S Counterpartmittel freigegeben wurden, die teilweise in den Wintermonaten verwendet werden, und die auf dem Geldmarkt sich stauenden flüssigen Mittel allmählich auf den Kapitalmarkt überfließen, bestehen günstige Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Expansion.

Auf dem *Arbeitsmarkt* begann im November der saisonübliche Rückschlag. Die Zahl der Beschäftigten, die im Oktober noch um 2.800 Personen gestiegen war, ging um 31.100 zurück. Gleichzeitig erhöhte sich

die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden um 33.300 auf 170.500. Die Entlassungen konzentrierten sich hauptsächlich auf Bauarbeiter und andere witterungsabhängige Berufe. Vereinzelt setzten auch die Konsumgüterindustrien nach Ausführung der Weihnachttaufträge Arbeitskräfte frei. Der Rückgang der Beschäftigung und die Zunahme der Arbeitslosigkeit waren jedoch erheblich schwächer als im Jahre 1952. Ende November gab es bereits um 30.700 mehr Beschäftigte als im Vorjahre (Ende Oktober waren erst um 13.900 Personen mehr beschäftigt). Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden, die im Oktober den Vorjahresstand noch um 9.800 Personen überschritten hatte, lag Ende November um 5.600 darunter. Der saisonbedingte Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt hatte allerdings im Vorjahr besonders früh und kräftig eingesetzt, während heuer das milde Wetter bis in den Spätherbst eine rege Bautätigkeit ermöglichte. Die Senkung der Steuerbelastung sowie die Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Winterbau lassen erwarten, daß es auch am Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit weniger Stellensuchende als im Vorjahre geben wird, wiewohl das Angebot an unselbständigen Arbeitskräften um fast 30.000 Personen gewachsen ist.

Der Index der *Industrieproduktion* (berechnet je Arbeitstag) stieg im September annähernd saisongemäß um 3,4% auf 174,8 (1937 = 100). Die Belegung erfaßte alle Zweige, auch die bisher vielfach stagnierenden Investitionsgüterindustrien. Das Exportförderungsgesetz, das den Unternehmen innerhalb bestimmter Grenzen eine steuerliche Bewertungsfreiheit für die im laufenden Jahre durchgeführten Neuinvestitionen gestattet, beginnt Früchte zu tragen. In den Konsumgüterindustrien verlief die Herbstsaison nicht einheitlich. Die Textilindustrie konnte trotz hohen Exporten ihre Produktion nur wenig ausweiten, da der Inlandsabsatz nicht den Saison Erwartungen entsprach. Ein gutes Herbstgeschäft hatten dagegen die Möbelindustrie, die chemische Industrie, soweit sie Konsumgüter erzeugt, sowie die Papier und Leder verarbeitenden Industrien.

Die teilweise für Oktober vorliegenden Produktionsdaten und die Ergebnisse des Konjunkturtestes des Institutes für Oktober und November deuten auf eine anhaltend befriedigende Entwicklung der Industrieproduktion hin. In den Investitionsgüterindustrien wurde die Nachfrage nach verschiedenen Maschinen, Eisen- und Metallwaren sowie Eisenguß lebhafter, in den Konsumgüterindustrien hielt die übersaisonmäßige Belegung bei Möbeln, Papier- und Lederwaren (ohne Schuhe) an. In der Leder- und Schuhindustrie sowie in der Textilindustrie ließ aller-

dings das Herbstgeschäft vielfach bereits im November nach, da der Groß- und Kleinhandel seine zu Herbstbeginn in größerer Menge eingelagerten Waren nur teilweise verkaufen konnte. Im allgemeinen hält die Industrie gegenwärtig nur sehr niedrige Lager. Ihre Vorräte reichen vielfach nicht aus, kurzfristige Nachfrageschwankungen auszugleichen.

Die *Umsätze* im Einzelhandel waren im Oktober mengenmäßig um etwa 5% höher als im Vorjahr. Nach den verhältnismäßig hohen Umsätzen in den Sommermonaten — von Juni bis August wurde mengenmäßig um 11% mehr abgesetzt als im Vorjahr — hatte der Handel mit einer kräftigeren Saisonbelebung in den Herbstmonaten gerechnet. Tatsächlich nahmen jedoch die Umsätze im September und Oktober nur um 2% und 13% zu gegen 9% und 23% im Jahre 1951. Besonders der Fachhandel klagte über einen schlechten Geschäftsgang, während die Warenhäuser im allgemeinen besser abschnitten. Die schwache Herbstsaison im Einzelhandel geht teilweise auf das milde Herbstwetter zurück, das viele Konsumenten bewogen haben dürfte, ihre Herbstkäufe aufzuschieben. Außerdem scheint sich das Publikum mehr für Waren und Leistungen zu interessieren, die nicht über den Einzelhandel verkauft werden.

Im Oktober gingen besonders Schuhe, Parfümerie-, Leder- und Papierwaren schlecht. Die leichte Belegung der Nachfrage nach Textilien und Lebensmitteln konnte den Ausfall vom September nur teilweise wettmachen. Bemerkenswert günstig dagegen entwickelte sich weiterhin der Absatz von Möbeln, Teppichen und Gardinen.

Das schwache Herbstgeschäft im Einzelhandel erlaubte vielfach nicht, die höheren Importkosten auf die Fertigwarenpreise zu überwälzen. So wurden Schuhe und Textilien bisher vorwiegend zu den alten Preisen verkauft, wiewohl Leder und Textilrohstoffe infolge Kursanpassung und steigender Weltmarktpreise teurer geworden sind. Auch die Erhöhung der Rundholzpreise hat bisher die Konsumenten nicht belastet. (Die Papierindustrie kündigte allerdings an, daß sie ihre Preise erhöhen müßte, wenn die Verteuerung von Rundholz nicht rückgängig gemacht würde.)

Die *Preisindizes* haben sich im Berichtszeitraum nur wenig geändert. Der Großhandelspreisindex des Statistischen Zentralamtes stieg von Mitte Oktober bis Mitte November um 0,4% auf 778 (März 1938 = 100), da Leder, Zink und einige andere Industriewaren teurer wurden. Der Lebenshaltungskostenindex des Institutes erhöhte sich um 0,3% auf 664 (April 1938 =

= 100), hauptsächlich wegen saisonbedingter Verteuerungen von Obst und Gemüse. Leichte Preiserhöhungen für Wurst und Schmalz wurden durch Verbilligung von Speiseöl und Schweinefleisch wettgemacht.

Die seit Frühjahr d. J. stark expandierende *Ausfuhr* konnte im Oktober mit 1.249 Mill. S die im September erreichte Rekordhöhe (1.252 Mill. S)¹⁾ annähernd halten. Auf Grund der ausgezeichneten Ausfuhrergebnisse im Sommer hätte der Export saisongemäß in den beiden genannten Monaten noch stärker steigen sollen. Es scheint jedoch, daß die exportfördernde Wirkung der Wechselkursanpassung und Umsatzsteuerrückvergütung unter den gegebenen Verhältnissen bereits das Optimum erreicht hat und die Ausfuhr sich auf hohem Niveau zu stabilisieren beginnt. Größere Fortschritte erzielte nur noch der Export nach Westeuropa; Westdeutschland und Italien bezogen im Oktober mehr österreichische Waren als je zuvor. Auch der Handel mit Frankreich und England gewinnt wieder größere Bedeutung, da diese Länder ihre Einfuhrbeschränkungen lockern. Dagegen ging der Export nach Übersee um 30% zurück.

Die *Einfuhr* stieg im Oktober um 99 Mill. S und erreichte mit 1.092 Mill. S den höchsten Stand seit Juni. Gegenüber dem Vormonat wurden vor allem mehr Nahrungsmittel, Textilien und Eisenwaren eingeführt. Das Einfuhrvolumen war aber mit 87% von 1937 noch immer sehr niedrig. Teilweise werden Importe aus spekulativen Gründen zurückgestellt (z. B. bei Personenkraftwagen und Maschinen), weil nach der Liberalisierung bessere und billigere Bezugsmöglichkeiten erwartet werden.

Bei leichter Belebung der Einfuhr und gleichbleibender Ausfuhr ging der Exportüberschuß im gesamten Außenhandel von 259 Mill. S auf 157 Mill. S und im kommerziellen Außenhandel von 287 Mill. S auf 206 Mill. S zurück. Da gleichzeitig die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr saisonbedingt um 82 Mill. S abnahmen, wurden auch die Überschüsse in der laufenden *Zahlungsbilanz* geringer. Die *Devisenreserven* der Nationalbank erhöhten sich im Oktober und November nur um 370 Mill. S und 264 Mill. S, gegen 652 Mill. S im September; sie betragen Ende November 6.395 Mill. S.

Die Überschüsse in der Europäischen Zahlungsunion wuchsen in den Monaten Oktober und November weiter um 10'1 Mill. Dollar und 4'1 Mill.

¹⁾ Im Oktoberheft der „Monatsberichte“ war auf Seite 282 infolge eines technischen Versehens nur ein Betrag von 1.152 Mill. S genannt worden.

Dollar. Das Guthaben Österreichs erreichte damit Ende November 88'3 Mill. Dollar und lag nur noch um 6'7 Mill. Dollar unter der Quote (einschließlich Rallonge) von 95 Mill. Dollar. Hält die günstige Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz an, dann wird dieser Betrag vermutlich bereits im Jänner 1954 überschritten werden. Eine neue Zusatzquote dürfte die OEEC nur unter der Bedingung bewilligen, daß Österreich seinen Liberalisierungsverpflichtungen voll nachkommt. Die österreichische Wirtschaftspolitik ist daher bemüht, die Liberalisierung des Außenhandels zu beschleunigen. Die ursprünglich für 1. Jänner 1954 vorgesehene 50%ige Freigabe der Einfuhr wurde auf den 15. Dezember vorverlegt. Die neue, erst nach längeren Verhandlungen fertiggestellte Liberalisierungsliste umfaßt u. a. Holz, Papier, einige Textilien, Maschinen und landwirtschaftliche Produkte. Personenkraftwagen können ab 1. Jänner unbeschränkt importiert werden. Eine weitere Liberalisierung der Einfuhr wird für Anfang 1954 vorbereitet.

In enger Verbindung mit der Liberalisierung der Einfuhr stehen die Bemühungen um einen neuen *Zolltarif*. Da dieser voraussichtlich erst Ende 1954 ausgearbeitet sein wird, wurde zunächst eine „kleine“ Zolltarif-Novelle erlassen, die in beschränktem Umfang den Wünschen von Industrie und Landwirtschaft nach höherem Zollschatz Rechnung trägt.

Das *Geldvolumen* stieg im Oktober um 220 Mill. S auf 21'7 Mrd. S. Im November nahmen allein der Notenumlauf und die freien Giro Guthaben öffentlicher Stellen bei der Notenbank um 419 Mill. S zu. Die Verlangsamung des Devisenzustromes wirkte sich auf den Geldumlauf nur wenig aus, da gleichzeitig die Nachfrage nach Krediten lebhafter wurde. Im Oktober gewährten die Kreditinstitute zusätzliche *kommerzielle* Kredite in Höhe von 323 Mill. S, hauptsächlich zur Finanzierung der Ernte und des Herbstgeschäftes der gewerblichen Wirtschaft. Da gleichzeitig die Kredite für Rohstoffimporte um 165 Mill. S zurückgingen, wuchs das gesamte kommerzielle Kreditvolumen um 157 Mill. S. Die Kreditinstitute erhielten jedoch um 30 Mill. S mehr Einlagen. Ihre tatsächliche und potentielle Liquidität hat daher weiter zugenommen. Ende Oktober verfügten die Banken und die landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften über ein Kreditgewährungspotential von 2.052 Mill. S. Die Primärliquidität der Banken überschritt mit 24'1% um 9'1% die vereinbarten Mindestreserven. Dank der hohen Flüssigkeit können die Kreditinstitute die erhöhten Bargeldansprüche der Wirtschaft in der Weihnachtszeit prak-

tisch ohne Unterstützung durch die Notenbank befriedigen und sich außerdem stärker als bisher im Wertpapiergeschäft engagieren.

Die stärkere Belebung auf dem Wertpapiermarkt in den letzten Monaten ist teils durch Publikumskäufe, teils aber auch durch Käufe der Banken bewirkt worden. Die Aktienkurse an der Wiener Börse stiegen von Mitte Oktober bis Mitte November neuerlich um 5%, die Umsätze waren im Oktober die höchsten seit November 1951. Die Aktien verstaatlichter Betriebe erzielten seit Jahresbeginn Kursgewinne von durchschnittlich 120%.

Gleichzeitig wächst die Aufnahmefähigkeit des Marktes für festverzinsliche Werte. Nach den Erfolgen der Energieanleihe und Opernanleihe werden nunmehr auch Pfandbriefe und Kommunalobligationen in größerem Umfang gekauft. Wiewohl die Hypothekenanstalten im Oktober 31 Mill. S Pfandbriefe auf den Markt brachten, konnte die Nachfrage nur teilweise befriedigt werden. Diese kräftigen Lebenszeichen des Kapitalmarktes sind umso bemerkenswerter, als gegenwärtig noch zahlreiche rechtliche und institutionelle Faktoren die Entfaltung eines leistungsfähigen Marktes für langfristiges Kapital hemmen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Einkommensteuerreform

Die Anfang Dezember beschlossene und ab 1. Jänner 1954 gültige Reform der Einkommen- und Gewerbesteuer zählt zu den bedeutsamsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen seit Kriegsende. In der Periode des stürmischen, von einer starken inflationistischen Welle getragenen Wiederaufbaues konnte an eine Neuordnung und Ermäßigung der Steuern kaum gedacht werden. Das war sinnvollerweise erst möglich, nachdem die Währung stabilisiert, die Zahlungsbilanz ausgeglichen und die Besatzungskosten weggefallen waren.

Die an sich schon hohen Kriegssteuern waren nach 1945 immer mehr verschärft worden. Die Ertragsquellen der indirekten Steuern wurden weitgehend ausgeschöpft und die Belastung mit direkten Steuern nahm ständig zu, da infolge der inflationistischen Preis-Lohn-Entwicklung immer mehr Steuerträger in höhere Progressionsstufen gerieten. Das Volkseinkommen war im Jahre 1950 zu 33% und im Jahre 1952 sogar zu 38% mit Steuern und Abgaben belastet. Österreich steht an der Spitze der westeuropäischen Länder, wiewohl diese fast durchwegs über eine höhere Steuerkraft verfügen.

Für eine Ermäßigung der Steuerlast sprachen starke Argumente: zu hohe und zu stark progressive Steuern hemmen den Leistungswillen und die Kapitalbildung, machen das Preis-Kosten-Gefüge starr und erschweren die Anpassung der Wirtschaft an die wechselnden Wirtschaftsbedingungen. Die Steuererleichterungen werden der österreichischen Bevölkerung wieder größeren Spielraum für Konsum und Ver-

mögensbildung bieten und die angestrebte Expansion der Wirtschaft erleichtern.

Die Ermäßigung der Einkommen- und Gewerbesteuer, die vor allem die mittleren Einkommen steuerlich entlastet, ist, wie auch die zuständigen Stellen versichern, nur ein erster wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer grundsätzlichen Reform der österreichischen Steuergesetzgebung.

Das bisherige System der Einkommensteuer

In den Nachkriegsjahren konnten Höhe und Progression der Einkommensteuer nur sehr unvollkommen der inflationistischen Preis-Lohn-Entwicklung angepaßt werden. Wohl wurden in mehreren Etappen größere Abzüge für Werbungskosten gestattet, die Sätze der unteren und mittleren Tarifstufen mehrfach gesenkt und das steuerfreie Existenzminimum von 1.400 S pro Jahr auf 7.200 S erhöht. Tatsächlich jedoch gerieten auch die kleinen und mittleren Einkommen immer mehr in Progressionsstufen, die ursprünglich nur für hohe und höchste Einkommen bestimmt waren.

Die Zunahme der Steuerbelastung seit 1945 kann durch folgende Zahlen beleuchtet werden: Im Jahre 1953 mußte ein Verheirateter ohne Kinder (Steuergruppe II) bei einem Jahreseinkommen von 10.000 S um 40%, und bei einem Einkommen von 100.000 S sogar um 105% mehr Einkommensteuer (einschließlich Zuschläge für Besatzungskosten und Wohnhauswiederaufbau) zahlen als bei einem an Kaufkraft